



HESSISCHER LANDTAG

25. 04. 2017

Plenum

Antrag der Fraktion der SPD

betreffend Schwarz-Grün gefährdet Arbeitsplätze am Frankfurter Flughafen - mehr Lärm in der Region durch subventioniertes Sozialdumping

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Hessische Landtag stellt fest, dass der Frankfurter Flughafen Jobmotor der Region ist. Über 80.000 Menschen arbeiten im unmittelbaren Umfeld des Flughafens. Viele Zehntausend weitere Arbeitsplätze sind mittelbar von der internationalen Stellung des Frankfurter Flughafens, seiner Verkehrsanbindung im Rhein-Main-Gebiet, der Nähe zum Banken- und Finanzsektor sowie der engen Verzahnung mit der Stadt Frankfurt als Zentrum für Tagungen und Kongresse abhängig. Damit ist der Flughafen ein unverzichtbarer Eckpfeiler der Infrastruktur für die Wohlstandsentwicklung in der Region. Eine gute wirtschaftliche Entwicklung in Hessen ist ohne eine gute wirtschaftliche Entwicklung des Flughafens undenkbar.
2. Der Hessische Landtag stellt fest, dass die Systempartnerschaft aus Lufthansa und Fraport in den letzten Jahrzehnten der Schlüssel für eine erfolgreiche Entwicklung des Frankfurter Flughafens gewesen ist. Im Vertrauen auf ihren Bestand haben die Beteiligten wechselseitige Investitionen in die Zukunft getätigt und Arbeitsplätze geschaffen. Die Zahl der Arbeitsplätze im engeren Umfeld des Flughafens hat sich seit 1980 mehr als verdoppelt. Während die Lufthansa die internationale Drehkreuzfunktion begründet und gestärkt hat, hat die Fraport die dafür erforderliche Infrastruktur ausgebaut. Die Entwicklung und die Erfolgsgeschichte des Frankfurter Flughafens finden ihre Quelle in der Wechselbeziehung von Lufthansa und Fraport.
3. Eine positive Beschäftigungsentwicklung am Frankfurter Flughafen ist auch künftig mit der Stellung des Frankfurter Flughafens als internationales Drehkreuz eng verbunden. Jede einseitige Beeinflussung der Entwicklungsstrategie durch die Landesregierung und Fraport (z.B. über einseitige Subventionsgenehmigungen über Gebührenmodelle) zulasten des Home-Carriers Lufthansa und damit verbunden jeder drohende Abzug von Interkontinentalverkehr aus Frankfurt bedrohen unmittelbar auch die komplexe Umsteigeinfrastruktur und den Erhalt von sicheren Arbeitsplätzen sowie die Sicherung der Arbeitsbedingungen am Flughafen, insbesondere auch bei den Bodenverkehrsdiensten.
4. Der Hessische Landtag kritisiert, dass eine faktische Neuausrichtung des Flughafens stattfindet, ohne dass sich die Landesregierung und Fraport AG einer öffentlichen Debatte über die Neuausrichtung stellen bzw. sie vorab führen. Der Planfeststellungsbeschluss für den Flughafenausbau diene ursprünglich der Stärkung der Drehkreuzfunktion für den internationalen Verkehr. Inzwischen soll das Terminal 3 teilweise neu ausgerichtet werden, damit insbesondere Ryanair kostengünstig abgewickelt werden kann. Das verändert die Grundprämissen des Planfeststellungsverfahrens. Fragen an bauliche Erfordernisse (teure Umsteigeinfrastruktur) stellen sich neu. Prognosen für Verkehrs- und Lärmentwicklung werden durch die veränderte Lage womöglich überholt.
5. Der Hessische Landtag kritisiert, dass die Landesregierung und Fraport AG ausgerechnet die Ansiedlung von Ryanair am internationalen Drehkreuz fördern. Im Zusammenhang mit den Geschäftspraktiken des Unternehmens sind sowohl Verfahren der Krankenkassen wegen nicht gezahlter Sozialabgaben als auch Strafverfahren anhängig. Ryanair erhöht durch unlautere Geschäftsmodelle, Umgehung von Sozialpartnerschaft sowie Lohn- und Sozialdumping den Kostendruck am internationalen Drehkreuz Frankfurt/Main. Leidtragende sind die Beschäftigten. Die Landesregierung und Fraport AG als Unternehmen, das sich mehrheitlich in öffentlicher Hand befindet, müssen ihre Verantwortung für die Beschäftigungssituation ernsthaft wahrnehmen und sich nicht länger wegdrücken.

6. Der Hessische Landtag nimmt mit Sorge zur Kenntnis, dass eine isolierte Konzentration auf eine "Billig-Strategie", die nur eine Ergänzung des Geschäftsmodells sein kann, die Basis für eine nachhaltige Entwicklung des Frankfurter Flughafens gefährdet.
7. Der Hessische Landtag sieht die Gefahr, dass durch die aktuelle Entwicklung auch der weitreichende gesellschaftliche Konsens zum Flughafenausbau in Form des Mediationsergebnisses gefährdet wird. Zentraler Ausgangspunkt für die Grundentscheidung war und ist die Zukunftssicherung von Ausbildung und Arbeit. Im Zuge der Neuplanungen um das Terminal 3 ist deutlich geworden, dass der Neubau anderen Zwecken dienen soll als geplant. Die gleichzeitige Zunahme von Flugbewegungen und Lärm und die Bedrohung von Arbeitsplätzen in der Region untergraben die Ausbaustrategie, die aus einer langen und kontroversen öffentlichen Debatte zwischen Ausbaugegnern und -befürwortern hervorgegangen ist.
8. Der Hessische Landtag fordert die Landesregierung auf, sich als Großaktionär der Fraport AG für den Erhalt der Drehkreuzfunktion, für die Sicherung der Systempartnerschaft mit Lufthansa AG und für den Erhalt qualifizierter Arbeitsplätze am Flughafen insgesamt einzusetzen.
9. Der Hessische Landtag erwartet allerdings auch von der Lufthansa AG ein klares Bekenntnis zum internationalen Drehkreuz Frankfurt/Main und eine Wiederbelebung der Systempartnerschaft. Insbesondere die Ansiedlung der A320neo und Triple7-Flotte in Frankfurt/Main sowie die Übertragung des Hauptsitzes von Köln nach Frankfurt/Main wäre ein starkes Signal für die Systempartnerschaft und würde eine starke Weiterentwicklung erleichtern.

Wiesbaden, 25. April 2017

Der Fraktionsvorsitzende:
Schäfer-Gümbel